

### Start einer **Debatte**



Foto: dpa

über soziale Gerechtigkeit  
im 21. Jahrhundert

## Unser Sozialstaat braucht neues Denken

**Der Grundstein ist am 24. Juni gelegt worden. Das Gebäude darauf muss jetzt die Partei bauen: durch Initiativen nach gründlicher Diskussion.**

Auf ihrem Sozialstaat-Kongress in Berlin hat die CDU dazu das Papier der „Kommission Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“ (**Dokumentation im Innenteil**)

vorgelegt und die Vorlage für die Diskussion gegeben.

Angela Merkel: „Die Ergebnisse werden wir in unser Regierungsprogramm für die Jahre 2002 bis 2006 aufnehmen, das ein realistisches Programm werden wird: ohne nicht einhaltbare Versprechungen, aber mit einem mutigen Konzept, Deutschland ins 21. Jahrhundert zu führen.“ **UID**

### INHALT

**ANGELA MERKEL UND EDMUND STOIBER:**  
Bundesregierung muss auf unsere Kernforderungen zur Rentenreform eingehen. Gemeinsames Schreiben an Bundeskanzler Schröder  
**SEITE 20-21**

**RUPRECHT POLENZ UND CHRISTOPH BÖHR:**  
Schluss mit Ökosteuer und Staupolitik. Plakataktion zum Sommerbeginn  
**SEITE 22-23**

# Angela Merkel startet **SommerTour**

**Die Präsidiumssitzung der CDU am 10. Juli auf der EXPO war der Startschuss für eine SommerTour, auf der die Parteivorsitzende Angela Merkel bis zum 20. Juli rund 30 Stationen aller Regionen Deutschlands mit dem Bus besucht haben will.**

„Startplatz Deutschland“ ist nicht nur das Motto dieser Reise. „Startplatz Deutschland“ soll auch für die wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung unseres Landes stehen. Mit Professor Jürgen Mlynek, dem neu gewählten Präsidenten der Humboldt-Universität Berlin, mit Professor Ludger Honnefelder, Leiter des Deutschen Referenzzentrums für Bioethik in Bonn, und Professor Klaus Töpfer, Chef der UNO-Initiativen für Umwelt und Entwicklung, haben in Hannover drei Experten für Gestaltungsfragen der Zukunft die CDU beraten und in der Meinung bestärkt:

Wir brauchen im 21. Jahrhundert eine neue Soziale Marktwirtschaft, die auf den alten Grundlagen von Leistung, Wettbewerb und Freiheit neue Antwor-

ten auf veränderte Anforderungen gibt.

„Für diese Politik“ – so Angela Merkel auf ihrer ersten Pressekonferenz in



*Postkarten zur Tour: letzte Seite*

der neuen CDU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin – „möchten wir die Menschen in Deutschland gewinnen.“

Mit möglichst vielen Menschen will die Parteivorsitzende in den zehn Tagen, die sie unterwegs ist, auch über die Werte und Maßstäbe sprechen, die die Politik der CDU ausmachen, und ein Beispiel für den Stil geben, den die Parteiarbeit der CDU nach dem Essener Partei künftig auszeichnen wird.

Angela Merkel: „Wir warten nicht darauf, bis die Menschen zu uns kommen, sondern wir kommen zu ihnen.“

An jedem Tag der Tour findet ein Sommerfest statt, das die Bundespartei zusammen mit den örtlichen Verbänden veranstaltet. Die vielen Mitglieder und Freunde der Partei sollen dabei genau so auf ihre Kosten kommen wie alle diejenigen, die sich während der Ferien in Freiburg, Dresden, Erfurt, Dessau, Saarbrücken oder Binz aufhalten.

Dort, um nur einige der Stationen der SommerTour zu nennen, wird Angela Merkel unter anderem eine Uni, eine Hochschule, Unternehmen des Mittelstands, Gartengeräteproduzenten, landwirtschaftliche Betriebe, eine Brauerei, aber auch einen Autokonzern sowie Unternehmen der sog. *new economy* besuchen, der Solartechnik und Filmwirtschaft, Existenzgründer und Jungunternehmer.

Die Parteivorsitzende will zeigen: „Zukunft lebt nicht allein von einigen Pionieren. Für die notwendigen Veränderungen müssen wir Menschen auch überall dort gewinnen, wo sie arbeiten.“

ANGELA MERKEL:

# Wir brauchen eine **neue Balance** von Schutz und Chance

**Die Parteivorsitzende anlässlich des Sozialstaat-Kongresses am 24. Juni in Berlin:**

Als wir die Kommission über die Zukunft des Sozialstaates im 21. Jahrhundert eingesetzt haben, wussten wir, dass dies ein anspruchsvolles Projekt ist. An kaum ein anderes Thema gibt es so viele unterschiedliche Erwartungen, widerstrebende Interessen und scheinbar unüberbrückbare Gegensätze. Aber wir geben uns nicht damit zufrieden, dass die Reform des deutschen Sozialstaates eine scheinbar unlösbare Aufgabe bleibt.

Die Fronten sind klar markiert, Argumente langjährig eingeübt. Die Innovatoren haben zu jeder Zeit erfahren, dass mutige Vorschläge kritisiert, getadelt und nur selten gelobt wurden. Und so mag sich mancher fragen, warum sich die CDU nun ausgerechnet mit dieser undankbaren Aufgabe befasst.

Die Antwort ist einfach: Wenn sich alles ändert, kann der Sozialstaat nicht bleiben, wie er ist. Die Menschen spüren das. Und wir wollen als CDU unsere große Tradi-



tion in der Sozialpolitik wahren – dadurch, dass wir neue Wege gehen. **Wer Bewährtes erhalten will, muss neue Wege gehen.** Die unveränderlichen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gilt es immer wieder mit neuem Leben zu erfüllen: mit einer Politik, die befähigt und nicht bevormundet; die die Unterschiedlichkeit der Menschen respektiert; die Mut macht und den Menschen Chancen eröffnet.

Ich danke daher der Kommission unter Leitung von Christian Wulff für das jetzt vorliegende Diskussionspapier und für die Vorbereitung des Kongresses. Wir werden diese Thesen ausführlich diskutieren und

die Ergebnisse in unser Regierungsprogramm für die Jahre 2002 bis 2006 aufnehmen, das ein realistisches Programm werden wird, ohne nicht einhaltbare Versprechungen, aber mit einem mutigen Konzept, Deutschland ins 21. Jahrhundert zu führen.

## Unsere politischen Ziele

Als wir die Kommission eingesetzt haben, haben wir uns drei Ziele gesetzt:

→ Wir wollten unsere eigenen Positionen und Konzepte überprüfen. Denn Oppositionsarbeit bedeutet für uns: Kontrolle der Regierung, aber auch **Weiterdenken in Richtung Zukunft.** Unsere Diskussion über den Sozialstaat ist eine wichtige Etappe auf unserem Weg nach 2002 und die Zeit danach.

→ Rückbesinnung auf die Grundsätze und Prinzipien der **Sozialen Marktwirtschaft.**

→ Start einer **Debatte über soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert**, die sich auch neueren Phänomenen

wie Einsamkeit, Familienarmut, verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit sowie der steigenden Verärgerung über Missbrauch sozialer Leistungen widmet und damit der oft verqueren Debatte, die die Problemlagen des Menschen nicht richtig widerspiegelt, entgegenwirkt. Wenn wir sagen: Wir brauchen eine neue Qualität des Sozialstaates, dann meinen wir vor allem: Wir brauchen einen Sozialstaat, der den Menschen hilft, die rasanten Veränderungen des Lebens – vor allem in der Arbeitswelt – zu bewältigen. Wandel hat es immer gegeben. Aber die neuen Technologien verändern viele Bereiche gleichzeitig: wie wir arbeiten, wie wir miteinander kommunizieren. Ja, wir haben die Welt zu einer Welt gemacht, in der wir uns neu orientieren müssen. Denn alte Orientierungen sind ins Wanken geraten.

Der Satz: „Was gut ist für die Wirtschaft, ist auch gut für mich“ hat in den 90er Jahren deutlich an Zustimmung verloren; vor allem im Osten, aber auch im Westen. Das kann man verstehen, wenn sich Menschen fragen, was Wirtschaftswachstum und steigende Unternehmensgewinne für einen Sinn haben, wenn gleichzeitig vor allem ältere Arbeitneh-

Der Satz: „Was gut ist für die Wirtschaft, ist auch gut für mich“ hat in den 90er Jahren deutlich an Zustimmung verloren; vor allem im Osten, aber auch im Westen.

Das kann man verstehen, wenn sich Menschen fragen, was Wirtschaftswachstum und steigende Unternehmensgewinne für einen Sinn haben, wenn gleichzeitig vor allem ältere Arbeitnehmer aufs Abstellgleis geschoben werden.

mer aufs Abstellgleis geschoben werden.

Aber auch das Verständnis im Sinne von „sozial ist, wer den Reichen nimmt und den Armen gibt“, ist zu simpel in einer Zeit, in der erfahrende Abteilungsleiter bei Unternehmensfusionen plötzlich gekündigt werden, während Fensterputzer plötzlich Gebäudereinigungsunternehmer werden.

### Die Legitimität des Sozialstaates wahren

Wenn der Sozialstaat auf diese neue Dynamik in den Biografien der Menschen nicht reagiert, werden immer mehr Menschen seine Legitimität in Frage stellen. Die Verärgerung vieler über tatsächlichen oder auch nur vermuteten Missbrauch sozialer Leistungen führt dazu. Aber auch die Höhe der Ab-

gaben, die in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen ist. So merken die Menschen immer mehr, dass für Arbeits- und Finanzminister schon Menschen mit durchschnittlichen Einkommen als „reich“ gelten. Zusätzlich müssen sich diese „reichen“ Menschen dann auch noch in den Nachmittags-Talk-Shows sagen lassen, dass derjenige, der sich anstrengt, selbst schuld sei, schließlich garantiere der Staat doch für jeden genug. Wenn wir das zulassen, steuern wir immer mehr auf eine Glaubwürdigkeitskrise zu, die die Akzeptanz des Sozialstaates im Kern gefährdet.

Das müssen wir stoppen – gerade wenn wir den Sozialstaat zukunftsfest machen wollen. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir eine Grundsatzdebatte über Gerechtigkeit führen und alle Anstrengungen unterneh-

men, die soziale Ordnung in Deutschland wieder auf die Füße zu stellen.

Die Sozialdemokraten haben das Thema „soziale Gerechtigkeit“ lange Zeit monopolisiert. Ich sage das nicht anklagend. Denn es gehören zwei dazu, dass dies gelingen konnte. Wir haben vor allem in den Jahren vor 1998 nicht mehr mit dem notwendigen Nachdruck widersprochen. Man hat den Menschen weiszumachen versucht, soziale Gerechtigkeit, das bedeute eine andere Verteilung, eine andere Verteilung von Arbeit, eine andere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die „oben“ sollen weniger bekommen, und die „unten“ sollen mehr bekommen. Doch statt mehr Gerechtigkeit gibt es nur noch mehr Vorschriften, noch mehr Abgaben, noch mehr Bürokratie. Das ist ein entscheidender Grund für die Verbit-

terung und Enttäuschung in der Bevölkerung.

### Der faire Sozialstaat

Für uns Christliche Demokraten ist selbstverständlich, dass stärkere Schultern auch mehr Lasten tragen. Das ist unser Verständnis von Solidarität, gegründet auf unser Menschenbild und die christliche Nächstenliebe. Aber unser Gerechtigkeitsverständnis reicht über den Gedanken hinaus, dass die Starken die Schwachen unterstützen.

Wir sprechen vom **fairen Sozialstaat**, weil wir nicht in einem eingegengten Gerechtigkeitsverständnis nach dem „oben“-„unten“-Schema verharren wollen. Unser Verständnis ist umfänglicher. Wir sprechen vom fairen Sozialstaat, weil Gerechtigkeit nicht entlang der Achse „oben-unten“ be-

stimmt werden kann. Im Begriff der Fairness ist das Element der Gegenseitigkeit enthalten. Fairness macht deutlich: wir sprechen von Solidarität innerhalb einer **Gesellschaft mündiger Bürger**, nicht von Umverteilungszwängen aufgrund einer bestimmten Ideologie.

Der Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen, ist in vielen Teilen eine Antwort auf die Industriegesellschaft. Jetzt wo wir eine Zeitenwende erleben, hin zur Wissensgesellschaft, wo technologische Innovationen den Takt für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung angeben, in einer Zeit, in der Internationalität auf allen Ebenen groß geschrieben wird, erhält die **soziale Frage eine neue Dimension**.

Wie schaffen wir es, dass Menschen ihre Talente, Fähigkeiten und Möglichkeiten optimal einsetzen können und dass alle einen Gewinn aus den noch gar nicht zu übersehenden Möglichkeiten eines gewaltigen Fortschritts schöpfen können?

Wie sichern wir Teilhabe und wie verhindern wir Ausgrenzung? Das ist die große Aufgabe für den Sozialstaat am Beginn des 21. Jahrhunderts. Und deshalb – davon bin ich überzeugt – brauchen wir eine neue **Qualität des**

Wir sprechen vom fairen Sozialstaat, weil Gerechtigkeit nicht entlang der Achse „oben-unten“ bestimmt werden kann. Im Begriff der Fairness ist das Element der Gegenseitigkeit enthalten. Fairness macht deutlich: wir sprechen von Solidarität innerhalb einer Gesellschaft mündiger Bürger, nicht von Umverteilungszwängen aufgrund einer bestimmten Ideologie.

### Sozialstaates:

→ einen Sozialstaat, der vor allem **Teilhabe** fördert.

→ einen Sozialstaat, der alle **befähigt**, Starke, Schwache, Junge, Alte, **ihre Chance zu ergreifen**.

Eine neue Qualität, das bedeutet: Wir brauchen eine neue **Balance von Schutz und Chance**.



### Sozialpolitik als Ordnungspolitik

Aber diese Ziele werden wir nur erreichen können, wenn wir zunächst einmal ganz offensichtliche Konstruktionsfehler beseitigen. Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen sich immer aufeinander beziehen und einen Ordnungsrahmen beschreiben.

→ Wir können „Sozialpolitik“ nicht als eine Art isolierter Politikdisziplin betrachten, die zuständig ist für die Rente, für das Gesundheitswesen, für die Sozialhilfe und für die Arbeitslosen.

→ Das „Soziale“ ausschließlich als eine Art Reparaturbetrieb – das ist kein Zukunftsmodell. Wohlge- merkt: Wir brauchen auch einen leistungsfähigen Reparaturbetrieb.

→ Aber soziale Verantwortung bedeutet zunächst, dass wir die Talente des Ein-

zelnen zur Entfaltung bringen und dass die Menschen dazu befähigt werden, auf eigenen Beinen zu stehen.

Das bedeutet, dass wir eine **Bildungspolitik** betreiben, die jeden nach seinen Fähigkeiten und Talenten fördert, dass wir eine **Familienpolitik** betreiben, die der gesellschaftlichen Bedeutung von Familie und Kindererziehung entspricht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht; eine **Steuerpolitik**, die das Potential und die Innovationskraft unserer kreativen Köpfe freisetzt.

Es gibt in Deutschland nicht nur **eine** Gerechtigkeitslücke; es gibt eine Vielzahl von Gerechtigkeitslücken, die aufzuarbeiten sind.

→ Es ist sozial gerecht, und entspricht unserem christlichen Menschenbild, dass je-

Verantwortung für sich zu übernehmen?

→ Wie sieht es aus mit der Gerechtigkeit zwischen den Generationen? Ist es nicht eine unserer wichtigsten Aufgaben, dass wir für Generationengerechtigkeit eintreten?

→ Ist es gerecht, wenn die, die einen Arbeitsplatz haben, auf eine Art und Weise geschützt werden, dass die, die draußen sind, kaum eine Chance haben?

→ Darf man in Deutschland eigentlich scheitern? Wäre nicht gerecht, wenn wir viel mehr darauf achten würden, dass das Recht auf eine zweite und auch auf eine dritte Chance selbstverständlich ist?

Das heißt: Wir haben ein vielschichtigeres Verständnis von Gerechtigkeit. Eines, das die Unterschiedlichkeit

Wir wollen, dass alle die gleichen Ausgangschancen, die gleichen Startmöglichkeiten haben. Gerechtigkeit bedeutet Gleichheit der Chancen, nicht Gleichheit der Ergebnisse.

der materiell so gestellt wird, dass ihm ein Leben in Würde möglich ist. Aber ist es auch gerecht, wenn die Solidarität der Mitmenschen in Anspruch genommen wird, obwohl es dem Einzelnen möglich ist, ganz oder teilweise

der Menschen respektiert. Es ist nicht notwendig, dass die Menschen das Selbe können, das Selbe leisten oder das Selbe verdienen. Wir wollen, dass alle die gleichen Ausgangschancen, die gleichen Startmöglichkeiten haben.

**Gerechtigkeit bedeutet Gleichheit der Chancen, nicht Gleichheit der Ergebnisse.** Die Umsetzung soll fair sein. Deshalb bringen wir

Neue Politik heißt deshalb auch nicht, dass wir neue Grundsätze brauchen. Neue Politik heißt neue Antworten auf neue Herausforderungen

schaften. Die Unterlassung eines eindeutigen Bekenntnisses zu **der** Sozialen Marktwirtschaft befreit sie davon, sich auf eine konkrete Ordnung festlegen zu müssen.

Auch die FDP schreibt in dem auf dem FDP-Parteitag gefassten Beschluss zur Sozialpolitik, „soziale Marktwirtschaft“ klein.

Wir beschreiben mit Sozialer Marktwirtschaft eine offene, aber **nachhaltige Ordnung**. Das ist es, was wir brauchen und was uns weiterhilft. Ordnungspolitik – das ist ein zentraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Ordnungspolitik spannt einen Rahmen auf. Sie definiert Regeln und Ziele – aber sie schreibt nicht vor, wie sie zu erreichen sind. Sie umreißt Grenzen, aber sie lässt allen Akteuren dennoch viel Handlungsspielraum.

Eines muss klar sein: Ordnungspolitik bedeutet nicht Reglementierung und Regulierung durch den Staat; sondern einen verlässlichen Rahmen, innerhalb dessen ein Wettbewerb um die beste Lösung herrscht.

Diesen Rahmen gilt es richtig zu füllen.

<http://>

Den vollständigen Text der Rede finden Sie im Internet:  
[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

Soziale Marktwirtschaft definiert Regeln und Ziele, aber schreibt nicht vor, wie sie zu erreichen sind. Sie umreißt Grenzen, aber lässt dennoch viel Handlungsspielraum.

diesen Begriff in die Debatte.

Dabei gilt: **Leistung muss sich lohnen**. Wer etwas leistet, muss mehr haben, als der, der nichts leistet. Auch das ist ein unverzichtbarer Gerechtigkeitsgrundsatz.

Damit wir das erreichen können, brauchen wir eine neue Politik. Eine Politik, die vernetzt denkt und integriert handelt, eine Politik für unsere Zeit, die an erster Stelle Chancen eröffnet und eine Politik, die die vorhandenen Gerechtigkeitslücken schließt.

Mit neuer Politik meinen wir auch einen neu formulierten **Konsens** und deshalb ermuntere ich alle: raus aus den Schützengräben und hinein ins Offene von neuen Lösungen für eine neue Zeit.

„Neu“ ist kein Qualitätsmerkmal; das hat uns nichts besser vor Augen geführt als die sogenannte „neue Mitte“, die bis heute im Irrgarten „dritter Wege“ ihren eigentlichen Standort sucht.

bei Bewahrung von Orientierung und Grundwerten.

### Unsere Antwort: Soziale Marktwirtschaft

Es gibt eine Antwort, die heute passt, weil sie auf Eigenverantwortung, auf Wettbewerb, auf basisorientierte und dezentrale Lösungen setzt und die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in eine ideale Balance bringt. Dieses Modell hat einen Namen: **Soziale Marktwirtschaft**; und dieses Modell ist originär CDU.

Soziale Marktwirtschaft ist etwas anderes, als ein „dritter Weg“ irgendwo zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Die deutschen Sozialdemokraten sprechen kaum von der (groß geschrieben) Sozialen Marktwirtschaft als eigenständigem Ordnungsmodell, sondern viel lieber von den sozialen Marktwirt-

# Chancen für alle. Arbeit für alle. Wohlstand für alle.

## Aus der Rede des stellvertretenden Parteivorsitzenden Christian Wulff:

Wir haben heute ein Papier vorgelegt, das unseren Anspruch an den Sozialstaat des 21. Jahrhunderts markiert: „Chancen für alle. Arbeit für alle, Wohlstand für alle“ – das ist unser Verständnis vom fairen Sozialstaat.

Es geht um nicht weniger als die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und – es geht auch um die Zukunftsfähigkeit unserer Partei. Deswegen wollen wir als CDU Deutschlands eine offene Diskussion über die Frage, was ist sozial im 21. Jahrhundert.

Wenn etwas das Wesen unseres Sozialstaates in den vergangenen Jahrzehnten beschreibt, dann das Bemühen, die grundlegenden Grundlagen von Solidarität und Subsidiarität zu verschleiern.

→ Kaum einer weiß, welche Vergünstigungen unser soziales Sicherungssystem wem einräumt.

→ Kaum einer weiß, wen es belastet und wo genau neue Finanzquellen erschlossen werden.

→ Kaum einer weiß, nach welchen Kriterien in unse-

rem sozialen Sicherungssystem Alimente vergeben werden.

→ Kaum einer weiß, was unser Sozialsystem eigentlich kostet.

Und weil dies alles so ist, benötigt man eine Bürokratie, einen Wasserkopf, der quasi vormundschaftlich allen Berechtigten über Mitteilungen zukommen läßt, wieviel sie aus dem System beziehen dürfen.

Nach einschlägigen Untersuchungen zahlen in Deutschland nicht weniger als 37 verschiedene Behörden und Ämter 152 spezielle Hilfearten aus. Dieses Neben- und Durcheinander von Leistungsträgern, die auch noch völlig unterschiedlich finanziert werden, müssen wir beenden. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, der immerhin ein Drittel unseres Sozialprodukts verschlingt!

Ein klassisches Beispiel für die Intransparenz des Systems ist die Trennung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil auf den Gehaltsabrechnungen. Diese Trennung ist ohne jede ökonomische Relevanz!

Wäre jeder Arbeitgeber

verpflichtet, dem Arbeitnehmer auf seiner Gehaltsabrechnung monatlich alle Leistungen aufzuführen, die erbracht werden, um den Arbeitnehmer zu beschäftigen – also neben dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung alle Aufwendungen, die entstehen, um den Einzelnen zu beschäftigen –, dann kämen beim Durchschnittsverdiener zu 4.000 DM brutto schnell noch einmal rund 3.800 DM Zusatzkosten hinzu, zusammen also 7.800 DM.

Ausgezahlt bekommt der Arbeitnehmer aber nur etwa 2.700 DM, also gerade einmal ein Drittel dessen, was er kostet.

Deswegen wollen wir, ● dass künftig die gesamten Arbeitskosten, also einschließlich der Arbeitgeber-Beiträge zu den Sozialversicherungen, auf den Lohn- und Gehaltsabrechnungen ausgewiesen werden, ● dass dem Einzelnen künftig turnusmäßig Mitteilungen zugehen über Gesundheitsleistungen, die er in Anspruch genommen hat, ● dass künftig jeder Beitragszahler in der GRV über den „Stand“ seiner Anwartschaften bei der Alter-

vorsorge auf dem laufenden gehalten wird.

Neu nachdenken müssen wir auch über einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen. Deswegen wollen wir stärker auf das Instrument der Generationenbilanzen zurückgreifen, um zu zeigen, wie sich Umverteilung zwischen den Generationen auswirkt.

■

### Der Einzelne soll künftig stärker selbst bestimmen

Wir wollen „mehr Netto für alle“ durch mehr Möglichkeiten zur Eigengestaltung, mehr Wahlfreiheit, mehr Freiheit über die Verwendung des eigenen Einkommens. Wir wollen ein System, in dem der Einzelne ein ganzes Stück selbst darüber entscheidet, wie und wo er Schwerpunkte setzt.

Wir wollen einen Sozialstaat, der dem Einzelnen individuelle Wahlfreiheiten neben der kollektiven, der solidarischen Absicherung eröffnet.

Wir wollen einen Sozialstaat, in dem der Einzelne seinen individuellen Versicherungsschutz, so weit dies möglich ist, stärker in der Zeit, in der Höhe und in der Form selbst bestimmt!



Bis heute hat mir kein Mensch plausibel erklären können, wieso jeder Arbeitnehmer seine Haftpflichtversicherung für das Auto aus einer Vielfalt von Angeboten mit unterschiedlichen Konditionen selber auswählen kann, warum ihm aber das Recht verweigert wird, über Teile seines Krankenversicherungsschutzes in gleicher Weise selbst zu bestimmen?

Oder beim Kündigungsschutz. Viele Arbeitgeber, vor allem Mittelständler und Handwerker, scheuen sich, ältere Arbeitslose wegen langwieriger und unkalkulierbarer Arbeitsgerichtsprozesse im Falle einer Kündigung einzustellen. Denn kaum ein anderes Land hat soviel ältere Langzeitarbeitslose unter den Arbeitslosen wie wir.

Warum verbessern wir nicht die Einstellungschancen dieser Menschen?

Wir wollen den Gedan-

ken prüfen, Arbeitnehmern das Recht zu geben, schon bei der Einstellung eine Abfindungsregelung im Gegenzug zum Verzicht auf Kündigungsschutzklagen in einem bestimmten Zeitraum zu vereinbaren!

Unsere arbeitsrechtlichen Mauern dienen dem Schutz des Arbeitsverhältnisses – das ist richtig und das ist gut so. Aber diese dürfen nicht zu unüberwindbaren Mauern werden für diejenigen, die oft jahrelang verzweifelt Arbeit suchen!

Wer den Sozialstaat der Realität anpassen will, der muß sich nur in unserer Gesellschaft umschauen. Längst finden sich für viele Probleme auch subsidiäre Lösungen.

→ In der privaten Krankenversicherung sind Modelle mit Selbsthalten und Eigenbeteiligung der Renner.

→ Vielerorts engagieren sich Bürger und Unternehmen, funktioniert die Gemeinschaft: ● In Selbsthilfungen und Genossenschaften zur Hilfe im Alter, ● in privaten Firmen mit sozialem Geschäftszweck, ● in Bürgerbüros und Freiwilligenagenturen, die neue Arbeitsformen erfinden mit neuen Einkommensquellen.

Das funktioniert alles ganz praxisnah – ohne jede Ideologie und ohne öffentliche Begleitmusik!

## Budgetierung führt zu planwirtschaftlicher Gesundheitspolitik

Wir wollen in einzelnen Politikbereichen zu einer Neu-Abgrenzung zwischen individueller und kollektiver Vorsorge kommen. Diesen Fragen muß sich die Union ohne Tabus stellen. Wer glaubt, die Auseinandersetzung um die Zukunft des Sozialstaates lediglich mit Schlagworten wie „Sozialabbau“ und „Umverteilung“ bestreiten zu können, der zeigt, dass er die alten Schützengräben nicht verlassen hat.

Am Beispiel des Gesundheitswesens lassen sich einige notwendige Marksteine eines neuen Weges deutlich machen. Wir stehen seit Jahren vor der Herausforderung, den Kostenanstieg einzudämmen. Wir wollen den hohen Standard der medizinischen Versorgung für alle beibehalten, unabhängig von Einkommen und Alter. Und wir – die Union – wollen an der freien Arztwahl als Grundrecht des mündigen Patienten festhalten.

Alle Versuche, durch Bürokratisierung und Budgetierung die Kosten zu begrenzen, sind fehlgeschlagen.

Denn Budgetierung führt zur Rationierung und damit

geradewegs in die planwirtschaftliche Gesundheitspolitik.

Dann zahlen alte Menschen ein Leben lang ein, um zum Schluss nach einem Punktesystem bewertet zu werden und keine Bypass-Operation mehr genehmigt zu bekommen.

Das sind menschenunwürdige Zustände, die mit der CDU nicht zu machen sind. Eine Rationierung ist mit unserem christlichen Menschenbild unvereinbar.

Der ganze Irrsinn der Fischerschen Budgetierungspolitik wird doch daran deutlich, dass die Leute Mitte Oktober zum Zahnarzt rennen, weil sie nicht wissen, ob sie im Dezember noch behandelt werden.

Für uns steht der Patient im Mittelpunkt.

Deswegen setzen wir auf Anreize. Wir setzen auf ein Gesundheitssystem, das das Interesse der Beteiligten an einem sparsamen Umgang mit den Beitragsmitteln fördert.

Deswegen wollen wir ergänzend zum Volltarif jetziger Art Wahltarife anbieten, bei denen der Versicherte einzelne Leistungen abwählen kann, die er bei Bedarf selbst zahlt oder über Zusatzversicherungen finanziert oder ganz auf sie verzichtet. Diese Wahltarife können z.B. um-

fassen: Fahrtkosten, bestimmte Arznei- und Hilfsmittel, bestimmte Behandlungsformen. Dann könnten in Wahlтарifen die Beitragssätze um mindestens 10 % sinken.

Wer interessiert sich für den Preis des Bieres, wenn es Freibier gibt?

## Rentenpolitik braucht wieder Verlässlichkeit

In Sachen Rente liegen die Entwicklungstrends seit Jahren auf dem Tisch. Die Bevölkerung in Deutschland altert. Jede Generation wird künftig ein Drittel kleiner. Gleichzeitig steigt die durchschnittliche Lebenserwartung kontinuierlich.

Rentenpolitik braucht wieder Vertrauen und Verlässlichkeit – die Menschen müssen sich auf wirtschaftliche Sicherheit im Alter verlassen können.

Angesichts der demographischen Probleme müssen wir das heutige System des Generationenvertrages weiterentwickeln und die Menschen von der Notwendigkeit zur zusätzlichen privaten Vorsorge überzeugen – dies muss das Herzstück einer jeden Reform jetzt sein.

Wenn die Bundesregierung mit der Abrißbirne an Stützpfeiler der GRV herangeht, dann ist es unerträglich,

wenn nicht gleichzeitig Bau-trupps losgesandt werden, die zusätzlich wirkungsvolle private Säulen der Alterssicherung einrichten.

Reform hat etwas mit Langfristigkeit, mit Berechenbarkeit, mit Strukturen zu tun, nicht aber mit Willkür!  
 → Wir hatten eine Rentenreform gemacht, die die steigende Lebenserwartung in Gestalt des demographischen Faktors abbildet.

→ Die SPD hat zuerst zwei Jahre gegen den demographischen Faktor gehetzt – jetzt stellen sie fest, dass man ohne ihn nicht auskommt.

→ Im Bundestagswahlkampf 1998 hat man den Rentnern das Blaue vom Himmel versprochen – um sie dann mit dem angeblichen Inflationsausgleich, der keiner ist, hinter die Fichte zu führen, mit Ökosteuer abzuzocken und die Rentenerhöhungen zwei Jahre auszusetzen.

→ Dann wollte Riester die Zwangsrente, ließ sie fallen, heute will er sie wieder – und zwar durch die Hintertür.

Wir müssen die private Vorsorge stärken – und wir können es uns nicht leisten, noch weitere wertvolle Jahre verstreichen zu lassen. CDU und CSU haben noch vor der Regierung ein gemeinsames Konzept zur privaten Vorsorge entwickelt –

wir haben es einstimmig in der Bundestagsfraktion verabschiedet.

Wir wollen Vorsorgeaufwendungen steuerfrei und zumindest, was die Rentenversicherungsbeiträge betrifft, auch sozialversicherungsfrei stellen.

Wir wollen die Möglichkeiten im Vermögensbildungsgesetz ausbauen, indem wir einen dritten Förderkorb „Ergänzungsvorsorge“ einführen, um Geringverdienern bessere Chancen zum Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge gibt.

Und wir werden außerdem die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von kinderlosen Arbeitnehmern und Familien durch eine Kinderkomponente berücksichtigen.

Um den Aufbau des dafür notwendigen Kapitalstocks zu beschleunigen, wollen wir die Sparrente zielgerichtet unterstützen. Dazu gehört ein Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung für die Arbeitnehmer.

Ich bin sicher: Der Aufbau eines zweiten und dritten Standbeins in der Altersvorsorge nach diesem Muster, wird einem Durchschnittsverdiener im Alter ein Nettorentenniveau von 70 Prozent plus x ermöglichen. Die Altersversorgung insgesamt wird sicherer vor demographischen Risiken, sie ist ein Beitrag zur

Generationengerechtigkeit, und sie gibt jedem einzelnen die Chance, ein Maximum an staatlicher Sparförderung zu erhalten.

## Mehr Chancen für neue Arbeitsplätze

Eng mit der Sozialstaatsdebatte verknüpft ist die Frage, warum unser Land bei der Schaffung von Arbeitsplätzen im internationalen Geleitzug einen weit abgeschlagenen Platz einnimmt.

Konkret: warum liegt die Beschäftigungsschwelle in Deutschland bei 2,5 Prozent Wachstum, während in fast allen anderen OECD-Staaten wesentlich weniger Wachstumsdynamik ausreicht, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Warum haben wir diese Defizite? Was können wir von anderen Ländern lernen? Welche Lösungsansätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind übertragbar?

Erfolgreiche Länder zeichnen sich durch folgenden Vierklang aus. Sie haben : ● eine hohe Investitionsquote ● eine niedrige Staatsquote ● und eine gelungene Kombination aus aktiver Arbeitsmarktpolitik und flexibler Lohnpolitik.

Wir brauchen mehr differenzierte Lösungen. Deswegen müssen wir die Rah-

menbedingungen im Arbeits- und Tarifrecht so gestalten, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen den rasanten Strukturwandel nicht behindern.

Ich bin davon überzeugt: dies kann im Rahmen der bewährten Tarifautonomie geschehen.

Der Flächentarifvertrag ist zwar nicht überholt, aber er ist überholungsbedürftig.

Der Tarifvertrag der Zukunft muss sich auf wenige Kernbereiche wie Entgelt- und Arbeitszeiträumen konzentrieren. Er muß Mindestbedingungen beschreiben, damit auf Betriebsebene Raum für dezentrale Lösungen für neue Arbeitsplätze entsteht.

Das Arbeits- und Tarifrecht muss den Schutzgedanken stärker als bisher mit dem Chancengedanken verknüpfen.

### Wir wollen eine Allianz für Kreativität

Die Zukunft der Arbeit ist voller Chancen! Die Arbeit geht uns nicht aus – das Gegenteil ist richtig!

Der Altersaufbau unserer Gesellschaft bietet gewaltige Beschäftigungspotentiale im Bereich standortgebundener Dienstleistungen, vor allem bei Gesundheit

und Pflege und häuslichen Dienstleistungen. Erinnert sei an den Satz des großen Ökonomen Jean Baptiste Say: „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage.“

Wir wollen einen sozialen Staat, der diese Chancen zielgerichtet nutzt und unterstützt, der Anreize gibt, damit Arbeit entsteht und so dazu beiträgt, dass sich in unserem Land ein „Niedriglohnsektor“ mit weniger produktiven, auch dienenden Tätigkeiten herausbilden kann.

Was gehört dazu?

➔ Dazu gehört eine große Steuerreform mit einem Eingangssteuersatz von 15 %, so wie von der Union übrigens schon 1996 (!) auf dem Hannoveraner Parteitag beschlossen;

➔ dazu gehört die konsequente Anwendung des Bundessozialhilfegesetzes durch die Kommunen gegenüber Hilfeempfängern,

➔ dazu gehört die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, und ➔ dazu gehört eine stärkere Lohnspreizung, die überhaupt erst das Fundament für einen marktwirtschaftlich funktionierenden, d.h. an den niedrigeren Produktivitätsraten ausgerichteten Niedriglohnsektor legt.

Ideologische Schranken und Tabus sind auch auf die-

sem Feld überhaupt nicht hilfreich. Für viele Arbeitssuchende bilden kleine Beschäftigungsverhältnisse die einzige Möglichkeit, den Kontakt zum Erwerbsleben nicht zu verlieren.

Wir wollen eine Allianz für Kreativität schmieden – zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Arbeitsämtern.

### Unser Sozialstaat braucht neues Denken

Chancen für alle. Arbeit für alle. Wohlstand für alle – ich bin überzeugt: mit diesem Zukunftsmodell werden wir die dynamischen Kräfte freisetzen, die wir brauchen, wollen wir den Sozialstaat auch im 21. Jahrhundert zukunftsfähig halten.

Wir können uns die künstliche Trennung nicht länger leisten – hier der Staat, da die Gesellschaft. Dieses alte Denken wird der neuen sozialen Wirklichkeit nicht mehr gerecht.

Unser Sozialstaat braucht neues Denken. Ich bin überzeugt: hier in Berlin werden wir heute den Grundstein dafür legen.

<http://>

Den vollen Wortlaut der Rede finden Sie im Internet:  
[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

KARL-JOSEF LAUMANN:

# Arbeit für alle lautet das Ziel unserer Arbeit

## Aus der Einführung in das Diskussionspapier der „Kommission Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“:

100.000 Arbeitslose „kosten“ 1998 die Bundesanstalt für Arbeit 3 Milliarden Mark, die an die Arbeitslosen gezahlt wurden. Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme aber auch die Entwicklung der Staatsfinanzen hängt eng mit der Senkung der Arbeitslosigkeit zusammen.

Arbeit ist mehr als finanzielle Absicherung und Vorsorge vor den Wechselfällen des Lebens. Arbeit ist immer auch Teilhabe an der Gesellschaft. Arbeit schafft und sichert soziale Kontakte, strukturiert das menschliche Leben und schafft Befriedigung und Selbstbewusstsein. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass Politik danach bewertet wird, ob sie in der Lage ist, Arbeit für alle zu schaffen.

Wenn wir es ernst meinen, mit dem Auftrag „Gerecht ist, was Beschäftigung schafft“, dann gehören alle Maßnahmen im Bereich der Arbeitswelt auf den Prüfstand. Wir sind es den Ar-

beitslosen und ihren Familien schuldig, sorgfältig zu prüfen, ob eine Regelung noch wirklich ihren Zweck erfüllt oder ob sie zum Beschäftigungshemmnis geworden ist.

## Gerecht ist, was Beschäftigung schafft

Dabei geht es nicht darum, blindwütig Sozialstandards zu senken, Kosten zu minimieren oder Arbeitnehmerrechte einzuschränken. Wichtig ist und bleibt, dass in der Arbeitswelt die Menschenwürde in Vordergrund steht. Dies dürfen wir niemals vergessen.

Aber wir müssen mit Augenmaß und Mut zu unpopulären Entscheidungen eine kritische Bestandsaufnahme wagen, sinnvolle Grundsätze vereinbaren und zukunftsgerichtete Vorschläge vorlegen. Die CDU hat das mit diesem Papier getan. Wir stellen uns der Verantwortung.

Die Arbeitswelt hat sich verändert: Wir müssen Antworten geben auf die Herausforderung des lebenslan-

gen Lernens. Wir müssen die Forderung nach Mobilität ergänzen durch eine darauf abgestellte Absicherung des Arbeitnehmers.

Wir müssen Chancen auf für Geringqualifizierte schaffen und die demographische Entwicklung verarbeiten. So ist es unerträglich, dass fast ein Viertel aller Arbeitslosen über 55 Jahre alt ist. Unerträglich ist es auch, wenn eine Deutsche Großbank nur noch 500 Arbeitnehmer über 55 Jahre beschäftigt. Wir müssen gerade den älteren Arbeitnehmern berufliche Qualifizierung anbieten, denn alle Statistiken zeigen, dass der Anteil der älteren an den Erwerbstätigen in den nächsten Jahren steigen wird.

Beschäftigungsverhältnisse haben sich geändert, das heißt: der Wechsel vom Selbstständigen zum Angestellten oder umgekehrt, vom Heimarbeitsplatz zum Außendienst, der Abschied von Hierarchien bestimmt das Arbeitsleben vieler Arbeitnehmer – vor allem von vielen Arbeitnehmerinnen. Dies schürt Ängste, birgt aber auch große Chancen. Das Durchlässigmachen

von Hierarchien entspricht dem christlichen Wertebild nach mehr Verantwortung des Einzelnen, mehr Verantwortung der Gruppe oder des Teams, nach mehr Selbstbestimmung

Vor diesem Hintergrund wollen wir auch prüfen, ob im Rahmen eines Optionsmodells Arbeitgeber und Arbeitnehmer Abfindungsregelungen im Gegenzug für einen Verzicht auf Kündigungsschutzklagen vereinbaren sollten. Dabei geht es nicht um den Abbau sozialer Leistungen. Durch flexible Regeln als bisher kann eine sachgerechtere Balance zwischen sozialer Sicherung und flexibler Anpassung, zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitssuchenden geschaffen werden.

Tatsächlich sieht es doch so aus, dass nur ein geringer Teil derjenigen, der sich nach einer Kündigung mit einer Kündigungsschutzklage an die Arbeitsgerichte wendet, danach auch wieder in seinen Betrieb zurückkehrt. Insgesamt kehren nur 1,5% der klagenden Arbeitnehmer wieder in den Betrieb zurück. Die anderen 98,5% verlieren ihren Arbeitsplatz bei Gewährung einer Abfindung. Das Kündigungsschutzgesetz ist in der Praxis also fast ein reines Abfindungsgesetz. Vor die-



Karl-Josef Laumann

sem Hintergrund erscheint es uns überlegenswert, die Rechtslage an die Wirklichkeit anzupassen. Ein Optionsrecht von Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Vereinbarung, ist ein möglicher Weg hierzu. Die Vorteile liegen auf der Hand:

→ Kein psychisch und finanziell unkalkulierbares Gerichtsverfahren mit taktischen Kniffen auf beiden Seiten.

→ Geringere Belastung der Arbeitsgerichte und

→ Sicherheit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt unklarem Ausgang des Gerichtsverfahrens.

Arbeit ist in Deutschland keine statische, für immer und ewig festgeschriebene Größe. Die Menge an vorhandener Arbeit lässt sich vergrößern. Die Wirtschaft anderer Länder hat es bewiesen.

Jeder, der nur auf Umverteilung von Arbeit setzt, hat

bereits den Kampf um die Vollbeschäftigung aufgegeben.

So sinnvoll Maßnahmen zum Überstundenabbau und zur Schaffung von mehr Teilzeitstellen sein mögen, sie kurieren nur an Symptomen herum, lösen aber nicht das Problem.

Um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen brauchen wir einen ideenreichen Maßnahmen-Mix, der die Ursachen behebt.

Dazu ist es notwendig, die Struktur der Arbeitslosigkeit zu analysieren.

→ Ein Drittel der Arbeitslosen hat bereits nach drei Monaten wieder eine Stelle.

Dies sind junge, gut qualifizierte, flexible Arbeitnehmer, die häufig ohne Hilfe des Arbeitsamtes im Arbeitsmarkt klarkommen. Ihre Arbeitslosigkeit ist Teil der normalen Fluktuation auf dem Markt.

→ Ein weiteres Drittel braucht bis zu einem Jahr, um wieder einen Arbeitsplatz zu finden.

In diese Gruppe gehören unter anderem auch hochspezialisierte, etwas ältere Arbeitnehmer, die hohe Ansprüche haben und daher etwas länger suchen oder weniger mobil sind, da sie Familie haben.

→ Das letzte Drittel macht mir am meisten Sorgen: wer

länger als eine Jahr arbeitslos ist, zählt zu den Langzeitarbeitslosen.

Bei diesem Drittel der fast vier Millionen Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kommen häufig viele Schwierigkeiten zusammen: höheres Durchschnittsalter, ein hoher Anteil von Behinderten, Leistungsgeminderten und Berufsunfähigen, unstetige Erwerbsbiographien, das heißt, dass Phasen der Berufstätigkeit oft durch Arbeitslosigkeit unterbrochen wurden.

70 Prozent der Langzeitarbeitslosen in unserem Land sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Das heißt, über zwei Drittel der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen haben nie einen Beruf gelernt. Diese dramatische Zahl zeigt, wo die Probleme im deutschen Arbeitsmarkt liegen.

Trotz aller Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wird es auch in der Zukunft Arbeitsplätze für Geringqualifizierte geben müssen.

Darum müssen Löhne im unteren Segment stärker gespreizt werden, damit dort Arbeitsplätze entstehen können. Um dann einen Anreiz zur Aufnahme dieser Arbeit zu schaffen, müssen diese Einkommen durch staatliche Transfer-Zahlungen ergänzt werden.

Die direkte Unterstützung des betroffenen Arbeitnehmers ist dabei in unseren Augen sinnvoller als Subventionen für den Arbeitgeber oder Lohnkostenzuschüsse. Denn nur durch direkte Zahlungen an den Beschäftigten werden Wettbewerbsverzerrungen vermieden. Die eigenen Kräfte des Arbeitslosen müssen mobilisiert werden. Darum soll es nach unserer Ansicht staatliche Hilfe nur gegen Gegenleistung geben.

### Konsequent gegenseitig

Wer arbeiten kann und angebotene Arbeit verweigert, hat nicht das Anrecht auf Solidarität von Seiten der Beitrags- und Steuerzahler. Eine konsequentere Anwendung des Gegenseitigkeitsprinzips ist notwendig, auch um die Akzeptanz dieser Sozialleistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen.

Wir sehen, dass immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Gewerkschaften verlassen. Allein zwischen 1994 und 1998 hat sich die Mitgliederzahl des DGB von 9.768 Mio. auf 8.310 Mio. verringert; also um 1,4 Millionen in nur vier Jahren.

Aber auch die Arbeitge-

berseite betreibt Verbandsflucht. Dies ist ein Alarmsignal für die Tarifpolitik, denn es zeigt, dass beide Seiten nicht mehr zufrieden sind mit dem, was geschieht.

Auch die Verbände sind gefordert, sich auf die veränderte Situation am Arbeitsmarkt einzustellen.

Dazu sollten sich Tarifverträge auf die ursprünglichen Kernbereiche wie Entgelt- und Arbeitszeiträumen konzentrieren und soziale Standards festschreiben.

Die Mitbestimmung in den Betrieben muss auch angesichts der Auflösung betrieblicher Strukturen im Prinzip gesichert werden, denn sie hat sich trotz mancher Schwierigkeit bewährt.

Arbeit für alle lautet das Ziel unserer Arbeit. Ich gebe zu: es wird nicht leicht zu erreichen sein. Aber wer seine Ziele nicht hoch steckt, wird schon vorher scheitern.

Die CDU hat mit diesem Papier ihre Vorstellungen vorgelegt: sie sind nicht bequem, nicht unumstritten, nicht populistisch. Sie fordern im Gegenteil von allen Engagement, Mitarbeit und auch Mut zur Veränderung.

<http://>

Den vollen Wortlaut  
der Rede finden Sie  
im Internet:  
[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

ULF FINK:

## Medizinischer Fortschritt muss für alle zugänglich bleiben

### Aus der Rede des Vorsitzenden der Kommission Humane Dienste auf dem Sozialstaat-Kongress in Berlin:

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat unlängst eine Aufsehen erregende Studie vorgelegt. Danach steigt der Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung – wenn nichts geschieht – von jetzt 13,5 % auf 23 % im Jahr 2040. Es gibt auch andere Prognosen.

Aber: Alle Vorausschätzungen gehen davon aus, dass die Gesundheitsbedürfnisse für eine älter werdende Gesellschaft und der medizinische Fortschritt so gewaltige zusätzliche Kosten verursachen, dass die Beitragseinnahmen damit einfach nicht Schritt halten können.

Es ist wahr und alle wissen es: Die Probleme unseres Alterssicherungssystems sind schwer zu lösen.

Wahr ist aber auch, die Probleme unseres Gesundheitswesens sind noch dramatischer – und darüber hinaus schwerer zu lösen.

Unumstößliche Tatsache bleibt: Kein Gesundheitswesen in der Welt kann mit

begrenzten Mitteln unbegrenzte Leistungen versprechen. Genau das tun wir.

Die Umfragen zeigen, dass ein entsprechendes Problembewusstsein bei der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

Es ist vorrangig Aufgabe der Politik, vor allem der verantwortlichen Bundesregierung, zu einer geänderten Einschätzung beizutragen.

---

### Es ist nicht mehr alles bezahlbar

Wer will, dass auch künftig lebenswichtige medizinische Leistungen allen zur Verfügung gestellt werden sollen, der muss den Menschen sagen, dass dann nicht alles und jedes von der Krankenversicherung bezahlt werden kann.

Die bisherige Antwort der Bundesregierung ist die Budgetierung. Sie scheint auf den ersten Blick sozial, ist auf den zweiten Blick aber zutiefst inhuman. Die Budgetierung – also die Politik, dass die Ärzte, Krankenhäuser usw. genau so viel mehr ausgeben dürfen, wie bei konstanten Bei-

tragssätzen an zusätzlichen Einnahmen herein kommt – führt auf direktem Weg in eine Zwei-Klassen-Medizin.

Prof. Arnold hat in seinem Werk über die „Medizinische Versorgung und ihre Finanzierung nach der Jahrtausendwende“ die Budgetierung als eine „willkürliche und undifferenzierte Kürzung der Mittel“ bezeichnet. Recht hat er.

Niemand käme auf die Idee, der Feuerwehrnurein bestimmtes Quantum an Löschwasser zur Verfügung zu stellen, um dann, wenn es zu Ende ist, und ein großer Brand tobt, zu sagen: Seht mal zu, wie ihr zurecht kommt.

Wir schlagen vor, auch im Gesundheitswesen offen zu sagen, was geht und was nicht geht. Wir schlagen ein System von Kernleistungen und Wahlleistungen vor, wobei der Gesetzgeber die Leistungsarten, und die Selbstverwaltung über die Bundesausschüsse die wirtschaftlich gebotenen Leistungspakete definieren soll.

Wir scheuen auch nicht davor zurück zu sagen, welche Leistungsarten künftig nicht mehr im Kernleistungsangebot enthalten sein sollen.

Wir nennen explizit den Zahnersatz für die Jüngeren und die medizinisch nicht notwendigen Fahrtkosten. Insgesamt könnte der Kernleistungskatalog etwa 10% niedriger ausfallen als bisher.

Es ist ungewöhnlich, dass eine Opposition konkrete Einsparungen vorschlägt. Wir haben es dennoch aus Verantwortung für das Ganze getan. Wir hätten uns gewünscht, dass es zu unserer Regierungszeit eine Opposition gegeben hätte, die sich zu Vergleichbarem durchgerungen hätte.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, unser Angebot sorgfältig zu würdigen.

Die Kernleistungen richtig zu definieren, und zwar nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft, ist die eigentliche große Aufgabe zur Sicherung des Gesundheitswesens.

Wir schlagen mehr Wahlfreiheit im Gesundheitswesen vor. Ich mache aber keinen Hehl daraus, dass bei Aufrechterhaltung der bisherigen Finanzierungssystematik der GKV diese Wahlfreiheit begrenzt bleiben muss.

Ein Änderung der Wahlfreiheit wäre möglich bei risikoadäquater Kalkulation der Beitragssätze der GKV. Heute zahlt der höher Verdienende mehr Beiträge als der niedrig Verdienende, obwohl beide den gleichen Leistungsanspruch haben. Der Familien-



Ulf Fink

vater zahlt nicht mehr als der Alleinstehende, der ältere nicht mehr als der Jüngere, der Kranke nicht mehr als der Gesunde. Diese Umverteilung wird heute über die Beiträge finanziert. Würde man diese Umverteilung über die Steuer finanzieren, könnte man sehr viel mehr Wahlfreiheit zulassen. Voraussetzung wäre eine Änderung der Steuerpolitik. Man müsste die Finanzierungsbelastung von den Krankenkassenbeiträgen weg auf die Steuer verlagern. Es geht um eine Summe von mehr als 100 Milliarden DM jährlich.

### Konkrete Vorschläge

Im Rahmen des geltenden Finanzierungssystems ist es möglich, über eine Ergänzung der Finanzierungsbasis Lohn nachzudenken und auch sonstige Einkommensarten zur Finanzierung mit heranzuziehen. Hierzu wird die Kommis-

sion konkrete Vorschläge vorlegen. Ich mache allerdings darauf aufmerksam, dass solche Änderungen mit uns nur im Paket zu haben sind.

Mit den Mitteln der GKV muss wirtschaftlich umgegangen werden. Wir halten den Weg der Budgetierung – also eine rein planwirtschaftliche Methode – für falsch.

Gesundheitswesen ist mehr als Krankenversicherung. Rehabilitation, Pflege und Behindertenhilfe gehören dazu. In diesem Zusammenhang prüfen wir, ob die bisherige Trennung in Krankenversicherung und Pflegeversicherung wirklich aufrecht erhalten werden soll.

Eine zentrale Rolle muss die Prävention spielen. Es gibt Schätzungen, wonach 25% der Gesundheitsaufwendungen eingespart werden könnten, wenn wir nur der Prävention einen gehörigen Stellenwert einräumen würden.

Zu all diesen Fragen werden wir noch konkrete Konzepte vorlegen. Maßstab bleibt: Der medizinische Fortschritt muss auch künftig für die gesamte Bevölkerung zugänglich bleiben.

<http://>

Den vollen Wortlaut  
der Rede finden Sie  
im Internet:  
[www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet)

# Rentenpolitik am Scheideweg

## Andreas Storm anlässlich des Sozialstaat-Kongresses in Berlin:

Das System der Alterssicherung in Deutschland steht vor gewaltigen demographischen Herausforderungen. Ursache hierfür sind der Geburtenrückgang und die in Zukunft weiter ansteigende Lebenserwartung. Ende der 80er Jahre sagten erste Studien eine Verdopplung des Beitragssatzes auf 36 bis 41 % bis zum Jahre 2030 voraus. Es ist das Verdienst der CDU und unseres langjährigen Arbeitsministers Norbert Blüm, dass wir durch unsere Reformen bereits ein Drittel des langfristig erwarteten Beitragssatzanstiegs vermeiden konnten.

Trotz unserer erfolgreichen Reformen mit dem Übergang zur Nettolohnanpassung 1992 und der schrittweisen Anhebung der Altersgrenzen bleibt aber weiterer Reformbedarf. Denn der jetzt erwartete Anstieg des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 auf 24 bis 26 % ist nicht akzeptabel. Eine solche Entwicklung wäre ein massiver Verstoß gegen das Gebot der Generationengerechtigkeit. Das können wir nicht mittragen. Auch die junge

Generation hat eine faire Chance zur Teilhabe am Arbeitsmarkt verdient. Darum muss der Teufelskreis aus steigenden Sozialbeiträgen, steigenden Arbeitskosten und wegbrechenden Arbeitsplätzen durchbrochen werden.

## Wir brauchen ein zweites Standbein

Es ist klar, dass die umlagefinanzierte Barrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung auch in Zukunft die stärkste Säule der Alterssicherung sein wird. Aber wir müssen sie um eine kapitalgedeckte Sparrente als zweites Standbein der Altersvorsorge ergänzen. Daraus ergeben sich für die Union fünf konkrete Anforderungen an eine faire, generationengerechte und nachhaltige Reform der Alterssicherung:

■ Die selbst erworbenen Ansprüche der Beitragszahler und Rentner an die gesetzliche Rentenversicherung sind in vollem Umfang zu erfüllen. Wir geben der älteren Generation unser Wort, dass es keine willkürliche Rentenpolitik nach Kassenlage geben darf, wie sie die rot-grüne Koalition mit der Aussetzung der

Rentanpassungsformel praktiziert. Eine neue Rentenformel muss durch langfristige Verlässlichkeit das Vertrauen in die Alterssicherung stärken. Eine Verknüpfung des Rentenniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung mit unrealistischen Prognosen über die Rendite der kapitalgedeckten Sparrente werden wir nicht mittragen. Aber genau das hatte die Regierung mit ihrem sogenannten Ausgleichsfaktor zunächst vor. Das war ein systemwidriges mathematische Ungetüm, das Transparenz verhindert, die Akzeptanz der Reform in der Bevölkerung geschmälert und die Gefahr weiterer manipulativer Eingriffe seitens der Regierung erhöht hätte.

■ Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der jungen Generation nicht höhere Beitragssätze für die umlagefinanzierte Barrente zugemutet werden, als sie die ältere Generation für sich selbst zu tragen bereit ist. Wir geben der jüngeren Generation deswegen die Zusage, dass die Union einen Beitragssatz von deutlich mehr als 20 % im Jahre 2030 nicht akzeptieren wird.

■ Die Versorgungslücken, die durch die Begrenzung

des Ausgabenanstiegs bei der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen, müssen vollständig durch den Aufbau der Sparrente als zweites Standbein der Alterssicherung geschlossen werden. Gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge sollen zusammen ein Versorgungsniveau von mindestens 70 % des Nettoeinkommens erreichen. Damit sichern wir den Lebensstandard im Alter.



Andreas Storm

die – etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit – Lücken in der Erwerbsbiographie aufweisen. Schließlich muss eine starke Kinderkomponente der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit von Kindern und Familien mit Kindern beim Aufbau der Sparrente Rechnung tragen.

■ Auch künftig müssen wir bei der Reform der Alterssicherung einen ausreichenden Abstand der Rente zur Sozialhilfe gewährleisten und Altersarmut wirksam verhindern. Die beitrags- und leistungsbezogene gesetzliche Rentenversicherung hat in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend dazu beigetragen, dass der Anteil der Sozialhilfebezieher in der Altersgruppe der Über-65jährigen erheblich niedriger ist als in der Gesamtbevölkerung. Deshalb wäre die Einführung einer steuerfinanzierten Mindestrente ein rentenpolitischer

Irrweg mit fatalen Folgen. Durch Alterssparerprämien für Geringverdiener kann auch die Sparrente einen wirksamen Beitrag zur Vermeidung von Altersarmut leisten.

■ Schließlich müssen Frauen und Männer künftig gleichermaßen in die Lage versetzt werden, eine eigenständige Alterssicherungs-Biographie aus Zeiten der Erwerbs- und Familienarbeit aufzubauen. Dies muss durch drei familienbezogene Elemente bei der Barrente und der Sparrente erfolgen: Die familienpolitischen Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung sind weiter auszubauen. Langfristig ist eine kinderzahlabhängige Staffelform der Hinterbliebenenversorgung einzuführen.

### Für eine starke Kinderkomponente

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir den Menschen einen ausreichenden finanziellen Spielraum zum Aufbau der Sparrente geben. Dazu brauchen wir erstens massive steuerliche Anreize durch den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung. Zweitens müssen wir einen Rechtsanspruch auf Entgeltumwandlung einführen und mit einer zusätzlichen Befreiung von der Rentenbeitragspflicht ein attraktives Modell an der Nahtstelle zwischen privater und betrieblicher Vorsorge schaffen. Drittens sind Alterssparerprämien für Niedrigverdiener, die nicht von der steuerlichen Förderung profitieren, notwendig. Das gilt auch für Menschen,

### Die Reform ist nur mit der Union möglich

All dies macht deutlich: Eine faire, generationengerechte und nachhaltige Reform der Alterssicherung ist nur mit der Union möglich. Eine Reform, die nur die Basis der gesetzlichen Rentenversicherung schmälert, ohne zugleich den raschen und umfassenden Aufbau der Sparrente zu betreiben, wird es mit uns nicht geben. **UD**

# Bundesregierung muss auf unsere Kernforderungen eingehen

**In einem gemeinsamen Schreiben haben am 7. Juli die Parteivorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, auf den jüngsten Brief von Bundeskanzler Schröder geantwortet, in dem er seine Vorstellungen einer Rentenreform übermittelt und zu weiteren Rentenkonsensgesprächen eingeladen hat.**

Es ist sehr bedauerlich, dass Sie in Ihrem Antwortschreiben unsere Anliegen und Fragen nicht berücksichtigen. Wir waren und sind bereit zu einem Konsens. Es fehlt aber eine klare und eindeutige Positionierung zu den Bedenken und Kernforderungen der Union, die wir Ihnen in unserem Brief vom 29. Juni 2000 übermittelt haben. Sie beschreiben und erläutern Positionen der Regierungskoalition, ohne auf unsere Forderungen einzugehen. Grundsätzlich gegensätzliche Positionen zwischen Regierung und Opposition werden sogar noch bekräftigt und kaum ein Versuch unternommen, aufeinander zuzugehen. Für uns ist nicht

erkennbar, dass wir durch Ihr Schreiben einem Konsens näher gekommen sind. Es entsteht der Eindruck, dass dies vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussion in Ihrer Partei erfolgt ist.

## Einseitige Belastungen

**1.** Den von uns problematisierten Ausgleichsfaktor, der zu einer Absenkung des Rentenniveaus auf 54% geführt hätte, vertreten Sie zwar nicht weiter. Der von Ihnen vorgeschlagene lineare Ausgleichsfaktor ist aber nicht minder problematisch, denn die Versicherten werden umso stärker belastet, je später sie in Rente gehen. Damit werden die Belastungen einseitig auf die jüngere Generation verschoben und wird gegen das Grundprinzip der Generationengerechtigkeit verstoßen. Der neu gefundene lineare Ausgleichsfaktor kann deshalb so nicht bestehen bleiben. Wir brauchen eine Rentenformel, die generationengerecht ist.

**2.** Zu unserer Forderung nach einer Kinderkom-

ponente in Höhe von 30 DM pro Kind und Monat bei der Förderung der privaten Vorsorge nehmen Sie in Ihren Ausführungen nicht Stellung. Die vage Aussage, Familien mit Kindern zu entlasten, ist nicht ausreichend. Nach nunmehr sieben Monate dauernden Verhandlungen möchten wir endlich wissen, ob Sie unserer Forderung zustimmen. Darüber hinaus ist die von Ihnen vorgeschlagene Struktur der Förderung der privaten Vorsorge weiterhin unbefriedigend. Auf unseren Vorschlag, die Förderung früher einsetzen zu lassen, um einen kräftigen Einstieg in die private Vorsorge zu ermöglichen, gehen Sie ebenfalls nicht ein. Wenn die demographische Herausforderung eines der großen Themen der Zeit ist, dann darf der Staat die Menschen bei deren Bewältigung nicht allein lassen, sondern muss hier einen besonderen Förderschwerpunkt setzen.

**3.** Die Anpassung der Renten im Jahr 2001 lediglich in Höhe der Inflationsrate wird von Ihnen weiterhin geplant und ist in

Ihren Berechnungen zugrunde gelegt. Auf unsere Forderung, diese willkürliche Kürzung bei der Rentenanpassung rückgängig zu machen und eine neue Rentenformel bereits im nächsten Jahr in Kraft treten zu lassen, gehen Sie ebenfalls nicht ein. Eine Rentenreform, die die Anpassung der Renten an die Inflationsrate koppelt, ist mit der Union nicht zu machen. Deshalb erwarten wir eine klare Aussage, ob die Bundesregierung weiterhin an diesem Vorhaben festhält. Schließlich muss das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung wiederhergestellt werden.

### Ihr Vorschlag ist nicht akzeptabel

4. Wie in unserem Schreiben vom 29. Juni 2000 dargelegt, ist der von Ihnen bekräftigte Vorschlag, eine Art Grundsicherung innerhalb der Sozialhilfe zu Lasten der Kommunen zu etablieren, nicht akzeptabel. Dagegen sprechen vor allem prinzipielle ordnungspolitische Gründe. Insbesondere wird das von uns gemeinsam verfolgte Ziel einer stärkeren privaten Vorsorge konterkariert. Denn nach Ihren Vorstellungen können Ar-

beitnehmer mit geringen Solidarbeiträgen eine dem langjährig Versicherten vergleichbare Absicherung im Alter erwarten.

### Unsere Position ist klar und eindeutig

5. In der Fachwelt tauchen zunehmend Zweifel auf, wie der von Ihnen angestrebte Beitragssatz von 22% trotz der Änderungen beim Rentenniveau gehalten werden kann. Nach Ihren Berechnungen soll das Rentenniveau langfristig von 54% auf jetzt immerhin 64% angehoben werden, ohne dass dies Auswirkungen auf den Beitragssatz haben soll. Wir erwarten hierzu von der Bundesregierung die entsprechenden Berechnungsunterlagen. Zusätzlich ist eine Äußerung erforderlich, weshalb die Rentenversicherungsträger bei ihren Berechnungen nur auf ein Rentenniveau von 61% kommen.

Bei den dargestellten Fragen handelt es sich nicht - wie von Ihnen dargelegt - um Detailprobleme. Es geht um substantielle und grundlegende politische Fragen einer Rentenreform, die geklärt sein müssen, bevor Detailfragen weiter besprochen werden können. Die von uns vorgebrachten Einwände werden

von weiten Teilen der Sozialverbände und Rentenversicherungsträger geteilt.

Die Union hat ihre Position zur Weiterentwicklung der Alterssicherung klar und eindeutig dargelegt. Die Bundesregierung muss sich zu den Kernforderungen der Union ebenso klar und eindeutig positionieren.

### Wir erwarten Antworten auf unsere Fragen

Ihr Vorschlag, jetzt die Rentenexperten der Parteien weiter mit den Fragen zu beschäftigen, ist nicht sinnvoll. Die Einladung von Bundesarbeitsminister Walter Riester für kommenden Mittwoch ist nicht zielführend und kann vor diesem Hintergrund von CDU und CSU nicht wahrgenommen werden. Die Gesprächsrunden der Vergangenheit haben gezeigt, dass die offenen Grundfragen von der Führung der Regierungskoalition beantwortet werden müssen, bevor weitere Gespräche auf Fachebene überhaupt Sinn machen. Dies ist leider bis heute unterblieben. Unabhängig davon gehen wir weiter davon aus, dass Sie an einem Konsens interessiert sind, und erwarten deshalb eine Antwort auf unsere drängenden Fragen.

UD

# Schluss mit Ökosteuer und Staupolitik

**Generalsekretär Ruprecht Polenz, und der Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, auf einer Pressekonferenz am 30. Juni in Mainz:**

„Ökosteuer = Urlaubsteuer“ und „Investitionsstau = Verkehrsstau“: Trotzdem schöne Ferien. Angesichts der verfehlten Ökosteuer- und Verkehrspolitik der Regierung Schröder kann es bei unserer Plakataktion zum Sommerbeginn eigentlich keine fröhlicheren Ferienwünsche geben.

Wie in vielen anderen Politikfeldern ist auch die Verkehrspolitik der Bundesregierung ohne Substanz und nicht zu Ende gedacht. Immerhin: Wer im Stau steht, hat das teure Benzin länger im Tank.

Weder „öko“ noch „logisch“ – das ist die Bilanz der Ökosteuerpolitik der Regierung Schröder. Mit der Ökosteuer treibt die Bundesregierung die Benzinpreise weiter in die Höhe. Heute liegt der Benzinpreis bereits bei zwei Mark, Schröder dreht indes kräftig weiter an der Steuerschrau-

be: Nach 14 Pfennig Erhöhung zum 1. Januar 2000 werden bis 2003 jeweils am Jahresanfang noch je sieben Pfennige draufgelegt. Das macht weitere 21 Pfennige Preisanstieg. Deutschland wird dann die höchste Benzinsteuer Europas haben.

Die Ökosteuer bringt weder den Menschen noch der Umwelt irgendeinen Vorteil. Sie hat mit Ökologie genauso viel zu tun wie ein Ba-

**CDU macht Verkehrspolitik zum zentralen politischen Thema**

nanenfalter mit Bananen. So zahlen Unternehmen, die mehr Energie verbrauchen, weniger Ökosteuer. Rentner, Arbeitslose, Studenten und Familien mit Kindern müssen hingegen tief in die Tasche greifen. Eine Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 60.000 Mark müssen monatlich 60 Mark für die Ökosteuer zahlen. Die CDU fordert Bundeskanzler Schröder auf, mit dem ökologischen und ökonomischen Unsinn auf-

zuhören und die Ökosteuer sofort abzuschaffen.

Bei der Verkehrspolitik der Regierung Schröder sieht es nicht anders aus. Die täglichen Staus auf unseren Straßen und Autobahnen sind unerträglich geworden. Die Engpässe im Verkehrssystem blockieren die wirtschaftliche Entwicklung und schaden der Umwelt. Statt auf das steigende Mobilitätsbedürfnis und das wachsende Verkehrsaufkommen mit einem bedarfs- und umweltgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu reagieren, kürzen die Minister Eichel und

Klimmt im Verkehrshaushalt ohne Rücksicht auf die Folgen.

Im Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 2001 und des Finanzplanes 2000 bis 2004 sind drastische Kürzungen insbesondere im Verkehrshaushalt vorgesehen. Die Ausgaben sinken um knapp 11 Prozent von 49,7 auf 44,8 Mrd. Mark, die Investitionen um 7,4 Prozent von 26,1 auf 24,3 Mrd. Mark. Die Folge: zu wenig Infrastrukturmaßnahmen und zu wenige Aufträge an die heimische Bauindustrie.

Das Flächenland Rheinland-Pfalz wird durch den Stillstand im Bundesfernstraßenbau auf besondere Weise benachteiligt. Rheinland-Pfalz ist ein Pendlerland – die Menschen sind hier auf ihr Auto angewiesen. Auch die Erhaltung und der Ausbau der Landesstraßen sind unter der SPD-geführten Landesregierung auf einem historischen Tiefpunkt angelangt. Seit 1994 hat sich lediglich für die verkehrssichere Erhaltung des bestehenden Landesstraßen-Netzes ein Investitionsstau von über 504 Mio. Mark angesammelt. Die Regierung Beck läßt die Landesstraßen verkommen.

Die Bundesregierung und die SPD-geführten Landesregierungen haben immer noch nicht gelernt, dass Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur Arbeitsplätze sichern und Deutsch-



Foto: dpa

*Ruprecht Polenz und Christoph Böhr zeigen eins der beiden Plakate, mit denen die Aktion unterstützt wird. Die Motive werden in den nächsten Tagen über den Abo-Service der UBG den Kreisverbänden als Wandzeitungen angeboten. Die Bundesgeschäftsstelle bietet außerdem als InfoMail zu den Themen Ökosteuern und Verkehrsstau zwei Flugblätter an.*

land sowie die Bundesländer wettbewerbsfähig machen. Die CDU lehnt die massiven Investitionskürzungen im Verkehrshaus-

halt des Bundes ab. Wir werden die Verkehrspolitik zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung machen.

## W. Bosbach/E. Marschewski: **Endlich Handeln**

Die Zahlen der von gefährlichen Hunden verletzen Menschen verlangen endlich entschiedenes Handeln. Zucht und Import

müssen konsequent unterbunden, Zuwiderhandlungen mit fühlbaren Strafen geahndet werden. Sofort umsetzen: Leinen- und Maul-

korbzwang für gefährliche Hunde. Außerdem: Hundehalter sind auf Sachkunde und Zuverlässigkeit hin zu überprüfen.

IMPRESSUM

**UID**

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Union Betriebs Gmb  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Pos  
Entgelt bezahlt.

Konrad Adenauer Stiftung e.V.  
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin



**Für die SommerTour 2000**  
die neuen Themenpost-  
karten zu den Themen:  
Altersvorsorge, Sozialsaat,  
Bildung, Wissenschaft und  
Existenzgründung



Bestell-Nr.: 9675  
Verpackungseinheit:  
100 Expl.  
(jeweils 20 Exemplare pro  
Themenkarte in einem Set)  
Preis je 100 Expl.: 8,00 DM



## BESTELL-ANSCHRIFT

IS-Versandzentrum  
Postfach 1465  
59306 Ennigerloh  
Telefax 02524/911310  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de